

Der Boykott des Wiener und Budapester Borstenviehmarktes.

Von sachmännischer Seite.

Wien, 12. August.

Der Boykott des Wiener Borstenviehmarktes von seiten der ungarischen Schweinemäster hält an. Es ist klar, daß die Regierung solchen Ereignissen nicht mit verschränkten Armen ruhig zusehen wird. Wir mußten uns in den Kriegszeiten daran gewöhnen, daß unsere Vorräte geringer wurden und wir unseren Konsum dieser Verringerung anpassen mußten. Es darf aber nicht zugegeben werden, daß durch den Willen einzelner der Nahrungsvorrat der Großstadt vermindert und eine Not heraufbeschworen wird, welche durch die tatsächlichen Vorrats- und Produktionsverhältnisse nicht begründet ist.

Die Regierung hat eine Höchstpreisverordnung für Schweine erlassen und hiebei ausdrücklich konstatiert, daß diese Preise in genügender Weise den Interessen der Züchter und Mäster Rechnung tragen, also für dieselben eine genügende Ertrags- und Gewinnmöglichkeit gegeben ist. Die ungarischen Mäster wollen nun behaupten, daß die gegenwärtigen Futterpreise so hohe seien, daß die Schweinehöchstpreise mit den Kosten der Mast nicht korrespondieren und daß bei Feststellung der Höchstpreise auf die zukünftige leichtere und billigere Futterbeschaffung nach der neuen Ernte Rücksicht genommen sei. Es fällt wirklich schwer, die Richtigkeit dieser Behauptung zu kontrollieren. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, müßte doch die Regierung ungefähr darangehen, den Mästern ihren Willen aufzuzwingen. Es geht denn doch nicht an, daß einzelne Interessentengruppen den Geboten der Regierung trotzen und ihren Willen der Regierung und den Konsumenten diktieren wollen. Die Mäster verlangen eine Hinaufsetzung der Höchstpreise. Wir können nun nicht annehmen, daß in den Höchstpreisverordnungen die tatsächlichen Verhältnisse nicht vollkommen entsprechend gewürdigt wurden, das heißt die Höchstpreise sind gewiß so festgestellt worden, daß Züchter und Mäster bei denselben ihr reichliches Auslangen finden können.

Mehr als das können dieselben nicht verlangen, und jedem Versuche, die Situation noch weiter auszunutzen zu wollen, muß Widerstand geleistet werden. Es mag vielleicht richtig sein, daß gerade jetzt zum Schlusse der Kampagne die Beschaffung der Futtermittel für die Schweinemäster etwas schwieriger und kostspieliger geworden ist und daher für den Augenblick die Schweinehöchstpreise nicht ganz entsprechen. Aber die Landwirte haben es verstanden, bisher jede Verteuerung der Produktion nicht bloß glatt auf den Konsum abzuwälzen, sondern auch jede vorübergehende Verteuerung zu einer dauernden zu gestalten, und so müßten sie auch das Opfer eines vorübergehend nicht entsprechenden Gewinnes auf sich nehmen, zumal ja nach den Mitteilungen der Regierung die Berechnung der Höchstpreise auf die zukünftigen Futtermittelpreise aufgebaut ist und hiebei die Interessen der Landwirtschaft gewahrt erscheinen.

Von sachmännischer Seite wurde jüngst an dieser Stelle angedeutet, daß es denn doch Mittel und Wege gibt, um die Widerspenstigkeit der Schweinemäster zu brechen. Hierzu sind allerdings Vereinbarungen mit der ungarischen Regierung notwendig. Aber da ohne Zweifel, wie aus den bisherigen Vereinbarungen hervorgeht, der Wille besteht, auf die Konsumbedürfnisse Wiens Rücksicht zu nehmen, so wird eine Einigung wohl zu erzielen sein. Es sind auch Vorschläge aufgetaucht, für eine Uebergangszeit den Mästern Zuschläge zu den Höchstpreisen zuzubilligen. Dieser Weg ist gewiß nicht ohne Bedenken, denn es wäre ein gefährliches Präjudiz. Die Interessenten könnten daraus die Hoffnung schöpfen, auch künftighin gegenüber Verordnungen von Regierungen ihren Willen durchzusetzen. Auch ist nicht sicher, daß hiedurch die absolute Garantie für die Auflassung des Boykotts geboten würde. Würden die Angaben der ungarischen Mäster richtig und im Uebergangsstadium die Höchstpreise für sie tatsächlich Verlustpreise sein, so gäbe es wohl noch andere Wege, als die der Preishinaufsetzung, um diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen: die entsprechenden Zugeständnisse bei der Futtermittelzuweisung, tarifmäßige Begünstigungen in der Uebergangszeit, Markterleichterung und dergleichen.

Welche Maßregeln aber immer ergriffen werden, Voraussetzung und Ziel derselben muß immer die unbedingte Sicherheit der Wiener Marktbeschickung sein. Die Möglichkeit des Boykotts

muß aus der Welt geschaffen werden und die Wiener Marktbeschickung muß, insoweit dies überhaupt möglich ist, den Produktionsverhältnissen angepaßt werden und darf nicht von dem Willen oder der Laune einzelner Produzentenkreise abhängig sein. Hierauf hat die Wiener Bevölkerung einen Anspruch. Man zögert immer vor energischem Eingreifen in die landwirtschaftliche Produktion, während man der Industrie gegenüber niemals, und zwar mit vollem Recht, so zaghaft war. Es stehen zu hohe Interessen auf dem Spiele, als daß Sonderinteressen einzelner Kreise Berücksichtigung finden dürfen. So schwierig es ist, so viele Sachkenntnis und Umsicht es auch verlangt: man wird sich entschließen müssen, die Staatsautorität auch gegenüber den Viehproduzenten zur Geltung zu bringen. Ebenso wie der Staatseingriff vor den Toren der Fabrik nicht haltgemacht hat, wie heute schon jeder einzelne Haushalt der Kontrolle der Behörden im Nahrungsmittelverbrauch, in der Abgabe der Metallgeräte unterworfen ist, muß auch der Stall der Viehmäster und Viehzüchter der Beaufsichtigung durch den Staat geöffnet werden und die Weisungen des Staates müssen auch dort befolgt werden. Lange hat man gezögert, solche Schritte zu ergreifen. Vielleicht wird das Verhalten der Schweinemäster denn doch die Regierung zwingen, diesen letzten wichtigen Schritt im Interesse der Volksernährung zu tun.